

Der Landbote

TAGBLATT VON WINTERTHUR UND UMGEBUNG



Klare Sache

22 Paraden gelangen Goalie Aurel Bringolf beim 33:22-Heimsieg von NLA-Leader Pfadi gegen Aufsteiger Suhr Aarau. **SEITE 27**

Fusionsvertrag

Die Schulgemeinden im mittleren Tösstal haben den klaren Auftrag gefasst, einen Zusammenschluss vorzubereiten. **SEITE 8**

Es wird Licht

Die reformierte Kirche in Kollbrunn kann modernisiert werden. Die Zeller nahmen den Kredit deutlich an. **SEITE 9**

Vormittag
10°

Nachmittag
22°

WETTER SEITE 18

Mehr zahlen fürs Bauen

WINTERTHUR Mit 65,1 Prozent haben die Winterthurer Stimmberechtigten Ja gesagt zu höheren Baugebühren. Die Vorlage war in allen Stadtkreisen unbestritten. Bauvorstand Joseph Lisibach (SVP) zeigte sich denn auch sehr zufrieden mit dem Resultat seiner ersten Abstimmung. Die erwarteten Einnahmen von 500 000 Franken pro Jahr seien zwar nur ein Tropfen auf den heissen Stein, aber trotzdem hochwillkommen. Seine Gegner von CVP, SVP, FDP und vom Hauseigentümergebiet sprechen von einer «erwarteten Niederlage», wollen bei Bedarf aber erneut das Referendum gegen höhere Gebühren und Abgaben ergreifen. **dh SEITE 5**

Überraschend deutliches Ja zur Wohnraum-Vorlage

ZÜRICH Mit einem Ja-Stimmen-Anteil von über 58 Prozent haben die Stimmberechtigten der umstrittenen Änderung des Planungs- und Baugesetzes (PBG) zugestimmt.

Zürcher Gemeinden können zukünftig einen Mindestanteil an preisgünstigem Wohnraum festlegen, wenn sie für ein Bauprojekt Land um- oder auszonieren.

Dass die vor allem von bürgerlicher Seite bekämpfte Gesetzesänderung von der Stimmbewölkerung akzeptiert werden wird, zeichnete sich gestern schon kurz nach Schliessung der Wahllokale aufgrund der ersten Ergebnisse

aus einzelnen Gemeinden ab. Zum Schluss fiel das Ergebnis mit einem Ja-Stimmen-Anteil von 58,39 Prozent deutlicher aus als erwartet.

Während in den Städten und Agglomerationen mit einem Ja zur Vorlage gerechnet wurde, hat die Zustimmung zur PBG-Änderung in zahlreichen ländlichen Gemeinden die Erwartungen übertroffen.

Bis die neue Bestimmung angewendet werden kann, wird es noch einige Zeit dauern. Zuerst muss die Zürcher Regierung die Umsetzung der Gesetzesänderung in einer Verordnung konkretisieren – dort muss beispielsweise geregelt werden, wie hoch die «angemessene Rendite» sein darf, die das geänderte PBG den Investoren auch auf die preisgünstigen Wohnungen zugesteht.

Die Gemeinden entscheiden

Anschließend können die Gemeinden von der PBG-Änderung

Gebrauch machen, indem sie ihre Bau- und Zonenordnungen entsprechend ändern. Dazu wird jeweils die Zustimmung des Gemeindeparlaments oder der Stimmbürger benötigt.

Während Befürworter der Vorlage nun eine rasche Umsetzung fordern, warnten die Gegner gestern vor möglichen negativen Folgen. So befürchtet etwa FDP-Parteipräsident Beat Walti «teurere Mieten für all jene, die nicht glückliche Bewohner subventionierter Wohnungen sind.» **Philipp Lenherr SEITE 19**

Kommentar



Philipp Lenherr
Redaktor Zürich

Ein klarer Auftrag

Im Kanton Zürich soll der Staat in gewissen Fällen in den Wohnungsmarkt eingreifen, um für mehr günstigen Wohnraum zu sorgen. Dass dieses Anliegen bei der Bevölkerung auf viel Zustimmung stossen könnte, war auch den Gegnern der PBG-Änderung klar – dementsprechend gross und teilweise forsch war ihr Einsatz im Abstimmungskampf. Die vorgebrachten Argumente vermochten die Mehrheit der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger jedoch nicht zu überzeugen. Der oft beklagte «Eingriff ins Eigentum» etwa war im Vergleich zu der Forderung nach «mehr günstigem Wohnraum» schlicht zu abstrakt.

Noch vermag niemand vorherzusagen, ob das Gesetz die hohen Erwartungen wird erfüllen können. Vieles wird von der vom Regierungsrat zu erlassenden Verordnung abhängen. Sollte dies nicht im erhofften Ausmass geschehen, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass schon bald der Ruf nach weiteren Massnahmen laut wird. Wozu eine solche Spirale im Extremfall führen kann, zeigt das von Gegnern der PBG-Änderung gern zitierte Negativbeispiel der Stadt Genf mit seinem stark regulierten und sehr teuren Wohnungsmarkt.

Es liegt im Interesse der Abstimmungsverlierer, die Sorgen der Bevölkerung ihrerseits aufzunehmen und konstruktive Vorschläge einzubringen.

Das Volk sagt klar Nein zu beiden Initiativen

BERN Die Schweizerinnen und Schweizer wollen nichts wissen von einer Einheitskasse und von Privilegien für das Gastgewerbe. Sie haben beide Volksinitiativen deutlich abgelehnt. Bei den Krankenkassen tut sich ein kleiner Röstigraben auf: Mit Jura, Neuenburg, Genf und Waadt sagten vier Westschweizer Kantone Ja zur Initiative «Für eine öffentliche

Krankenkasse». Der Rest der Schweiz lehnte das Begehren ab. So scheiterte die Initiative mit landesweit 61,9 Prozent Nein-Stimmen. Die Befürworter der Initiative geben sich allerdings nicht geschlagen. So sagte etwa die Zürcher SP-Nationalrätin Jacqueline Fehr, die öffentliche Krankenkasse sei noch nicht definitiv gestorben. **sda SEITE 18**

Jacqueline Fehr triumphiert



Bisheriger scheidet aus

BAUMA Max Bosshard (SVP) hat gestern als einziger Bisheriger den Sprung in den Gemeinderat der neuen Fusionsgemeinde Bauma verpasst. Er schied als überzähliger Kandidat aus. Bosshard wurde vom einzigen Sternenberger Kandidat Hans Rudolf Spörri und den Neuen Paul von Euw (SVP) und Heidi Weiss (EVP)

überflügelt. Gemeindepräsidentin Marianne Heimgartner (EVP), Josef Wellenzohn (SVP), Rudolf Bertels (FDP) und Andreas Sudler wurden bestätigt. Quereinsteiger Thomas Pelsöczy blieb chancenlos. Schon bei den letzten Erneuerungswahlen vor vier Jahren scheiterte in Bauma ein bisheriger Gemeinderat. **fam SEITE 9**

Auch mehrere ländliche Gebiete sagen Ja zur PBG-Änderung

Landbote 2014-09-29

ABSTIMMUNG Eine überraschend hohe Zustimmung in etlichen Landgemeinden verhalf der Vorlage für mehr günstigen Wohnraum zu einem guten Resultat. Welche Gemeinden die Bestimmung anwenden werden, ist noch offen.

Dass die Änderung des kantonalen Planungs- und Baugesetzes (PBG) in den beiden grossen Städten Zürich und Winterthur sowie in den Agglomerationen in der gestrigen Abstimmung mit deutlichen Mehrheiten befürwortet wurde, war keine Überraschung. Dort, wo die Wohnungsmieten in den vergangenen Jahren am stärksten gestiegen sind, ist der Handlungsdruck am stärksten.

Die Gesetzesänderungen gibt den Gemeinden die Möglichkeit, bei Aufzonungen und Umzonungen von Bauland einen Mindestanteil an preisgünstigen Wohnungen festzulegen.

Anwendung in Städten

Im Vorfeld der Abstimmung wurde ein eher knappes Resultat erwartet – ausgehend von der Annahme, dass die Vorlage vor allem in den Städten auf Zustimmung stösst, in ländlichen Gemeinden aber eher abgelehnt wird. «Ich hätte tatsächlich ein knapperes Resultat erwartet», sagt Befürworter Philipp Kutter, Fraktionspräsident der CVP im Kantonsrat und Stadtpräsident von Wädenswil. Das Resultat zeige, dass das

Problem der stark steigenden Mieten zu einem Handlungsdruck bis weit über die Städte hinaus geführt habe.

Da die PBG-Änderung den Gemeinden den Entscheid überlässt, ob sie einen Mindestanteil von preisgünstigen Wohnungen festlegen wollen, steht noch nicht fest, wo die neue Bestimmung überall zur Anwendung kommen wird. Mit hoher Wahrscheinlichkeit davon Gebrauch machen werden die Städte Zürich und Winterthur.

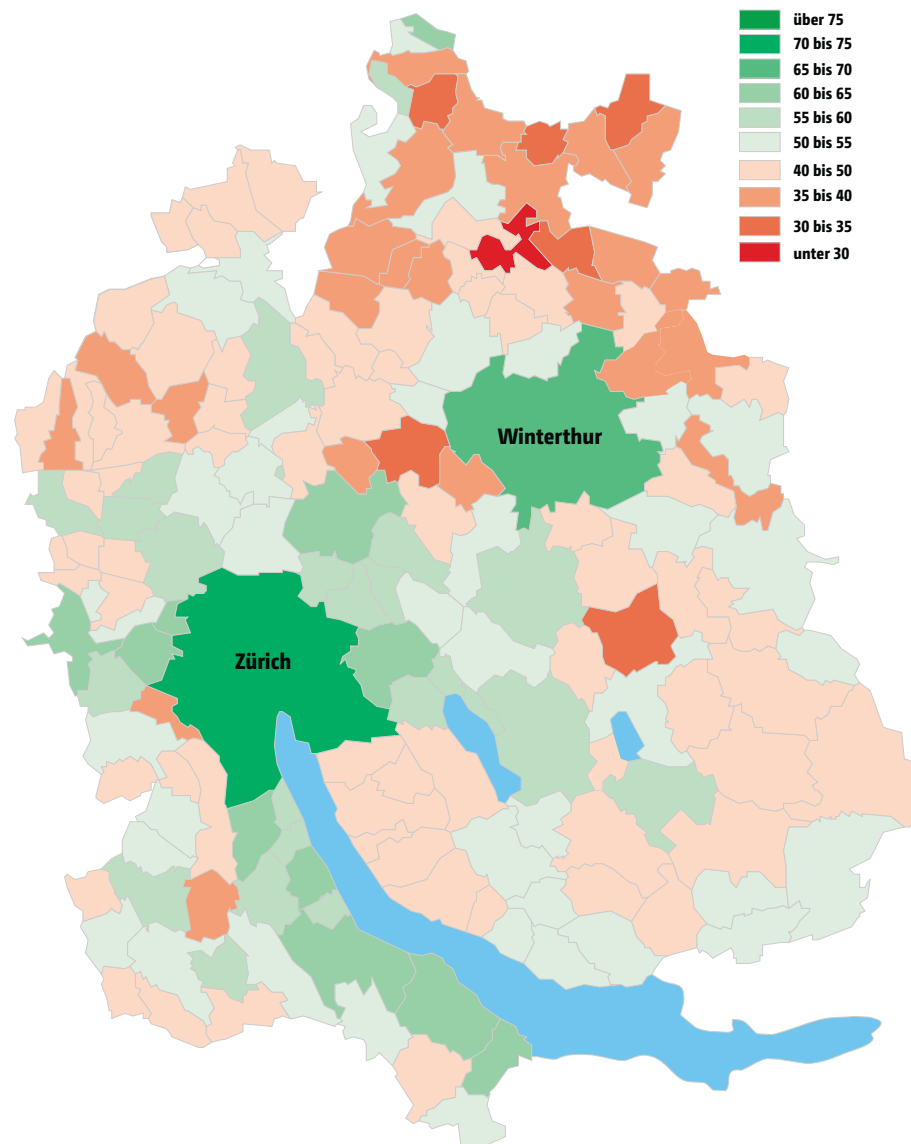
«Negative Folgen»

Für die Gegner der Vorlage ist das deutliche Votum von gestern eine Enttäuschung. «Ich blicke mit Sorge auf die Folgen, welche die PBG-Änderung für die Städte haben wird», sagt FDP-Kantonsrätin Carmen Walker Späh auf Anfrage. Die Umsetzung der Vorlage werde den Städten viel Arbeit beschern und sei nicht gut für deren Entwicklung. «Diese Gesetzesänderung ist ein Hindernis für die im neuen Raumplanungsgesetz des Bundes geforderte Verdichtung», sagt Walker Späh.

Kutter plädiert derzeit für eine «Anwendung mit Augenmass» in den Städten und Gemeinden. Er fordert, dass die Zürcher Regierung in der Verordnung zur Umsetzung der Vorlage den Gemeinden den dafür nötigen Spielraum gibt. Zudem müsse man von Fall zu Fall mit den Grundeigentümern nach Lösungen suchen, die für alle Seiten zufriedenstellend seien.

Philipp Lenherr

DIE JA-STIMMEN-ANTEILE IN DEN GEMEINDEN



DAS RESULTAT

Planungs- und Baugesetz Preisgünstiger Wohnraum

Ja: 216094
Nein: 154006

